

LIENEN

Calcis-Antrag: Ratsmehrheit für Einvernehmen gemäß Baugesetzbuch

CDU und SPD geschlossen dafür

Von Michael Schwakenberg

LIENEN. Erwartungsgemäß hat der Rat – allerdings ausschließlich unter Gesichtspunkten des geltenden Baurechts – am Montag mehrheitlich das gemeindliche Einvernehmen für den reduzierten Calcis-Antrag auf 4,7 statt ursprünglich 9,9 Hektar zusätzlicher Abgrabungsfläche erteilt.

Bürgermeister Arne Strietmeier erläuterte in der Sondersitzung noch einmal kurz, worum es in der Stellungnahme geht: „Die Bezirksregierung will wissen, ob wir etwas planen, was gegen die Erweiterung spricht.“ Und genau das sei nicht der Fall. Die Bezirksregierung werde sich die Stellungnahme anschauen, bewerten und gegebenenfalls in die Entscheidung miteinbeziehen.

»Wir wollen keine Symbolpolitik.«

Karsten Huneke, SPD

SPD-Fraktionsvorsitzender Karsten Huneke wurde noch etwas deutlicher: „Wir könnten natürlich dagegen stimmen. Sollte aber kein Verstoß vorliegen, würde die Bezirksregierung die Entscheidung kassieren. Und wir wollen keine Symbolpolitik.“ Huneke betonte aber: „Wenn wir heute zustimmen, bedeutet das nicht, dass wir weitere Abgrabungen befürworten.“

Bündnis-Fraktionssprecherin Lisa Kampling verwies zunächst auf den hohen Anteil von Bauschutt am gesamten Abfallaufkommen in Deutschland und im zweiten Schritt auf Paragraph 35 Baugesetzbuch, wonach



Der Calcis-Steinbruch oberhalb von Lienen. Kommt das Unternehmen mit seinem Antrag auf zusätzliche 4,7 Hektar Abgrabungsfläche durch? Diese Frage ist derzeit völlig offen. Foto: Wilfried Gerhartz

»Es sollte endlich der Runde Tisch einberufen werden, um auf den Kalkausstieg vorbereitet zu sein.«

Lisa Kampling, Bündnis

ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Und das sei in einem FFH-Gebiet der Fall. Sie appellierte zudem, endlich den schon vielfach geforderten Runde Tisch

einzuberufen, um auf den Kalkausstieg vorbereitet zu sein.

Kamplings Fraktionskollege Georg Kubitz warnte davor, dass ein gemeindliches Einvernehmen als „Blankoscheck“ für weitere Anträge gesehen werden könne. Dem widersprach Bauamtsleiter Nico Königkrämer: „Bei jedem Antrag wird seitens der Bezirksregierung eine neue Stellungnahme von der Gemeinde eingeholt.“

Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Michael Stehr ging in seinen Ausführun-

»Anderswo wird die Silhouette des Teutos weggebuddelt. Bei uns ist das nicht der Fall.«

Michael Stehr, CDU

gen davon aus, dass es für Calcis wohl immer schwerer werden dürfte, künftig noch weitere Genehmigungen zu bekommen. Mit Blick auf den aktuellen Antrag hob er die wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens als wichtiger Gewerbesteuer-

zahler für den Ort hervor. Zudem sei Calcis ein verlässlicher Ansprechpartner: „Anderswo wird die Silhouette des Teutos weggebuddelt. Bei uns ist das nicht der Fall. Calcis hält sich an seine Zusagen.“

Die beiden FDP-Ratsmitglieder Carsten Antrup und Pasqual Stille waren am Montagabend verhindert.

Das gemeindliche Einvernehmen wurde mit 18 Ja-Stimmen aus den Reihen von CDU und SPD bei fünf Nein-Stimmen der Bündnis-Fraktion erteilt.